# Ansicht

4:12

**Zukunft im Quartier.** Armut, Ausgrenzung, demografische Veränderung, leere Staatskassen. Ein Heft über Herausforderungen für Soziale Arbeit vor Ort.

# Liebe Leserin, lieber Leser

»Werte leben – Geschichte bewegt Zukunft!«, unter diesem Motto kamen kürzlich 700 Delegierte und Gäste der Arbeiterwohlfahrt zur ordentlichen Bundeskonferenz in Bonn zusammen. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht weiter auf die erfolgreich verlaufene Konferenz eingehen; Sie finden bei Interesse nähere Informationen unter www.buko2012.awo.org. Gezeigt haben die Diskussionen auf der Konferenz jedoch eines: Wir haben als Wohlfahrtsverband dann eine Zukunft, wenn wir uns wieder stärker unserer inhaltlichen Wurzeln erinnern; wenn wir die Ur-Frage der Verbandsgründung 1919 – wie kann Hilfe zur Selbsthilfe organisiert werden – wieder mit unseren Angeboten vor Ort beantworten können; wenn es die AWO ist, die im Quartier oder im Kiez die Selbsthilfepotenziale betroffener Menschen mit ehrenamtlich wie hauptamtlich Engagierten professionell unterstützt.

Ziel muss es sein, ganzheitliche Angebote und Lösungen vorzuhalten. Der Anspruch von Hilfen aus einer Hand ist ein hoher, aber er sollte mehr denn je Motivation des Handelns bleiben. Sicher: Angesichts der teilweise katastrophalen finanziellen Rahmenbedingungen zahlreicher Kommunen in Deutschland dürfen wir betroffenen Menschen nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Doch unabhängig davon: Wir müssen als AWO für sie »da sein«. Dazu ist es oftmals notwendig, unsere Angebote zu korrigieren, sie zu modernisieren, sie zeitgemäßer zu machen. Unverzichtbar wird es dabei sein, dass Haupt- und Ehrenamt gemeinsam die Herausforderungen vor Ort anpacken. Das vorliegende Heft versucht dazu Denkanstöße und Vorschläge anzubieten. In jedem Falle möchten wir eine entsprechende Diskussion anregen.

Neben einer ertragreichen Lektüre wünsche ich Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, im Namen der AWO bereits an dieser Stelle geruhsame Feiertage und einen guten Start in das neue Jahr.

Ihr Wilhelm Schmidt
Präsident AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

**Herausgeber**
AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
**Tel** 030/26309-0 · **Fax** 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

**Redaktion AWO Ansicht**
**Tel** 030/26309-4553 · **Fax** 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

**Redaktion** Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleßa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

**Konzept und Gestaltung** Stephanie Roderer, München · www.stephanie-roderer.de

**Fotografie** Titelillustration und S. 9 bis 18 TEX, München S. 1, 9, 10, 11, 12, 14, 17 photocase.com · S. 3, 5 AWO Bundesverband · S. 5 privat · S. 7 AWO International S. 9, 10 shutterstock.com · S. 15, 20 Wolfgang Siesing für den AWO Bundesverband · S. 19 AWO Chemnitz und Umgebung e.V. · S. 21 Pressestelle Stadt Oberhausen · S. 22 privat

**Anzeigen** NetworkMedia GmbH
Stresemannstr. 30 · 10963 Berlin
**Tel** 030/25594-160

**Druck** ulenspiegel druck gmbh, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC® mixed credit - GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.

EMAS
geprüftes Umweltmanagement
D-155-00126

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C015171

KINDER

# Studie zur Kinderarmut

Kürzlich wurde die Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) »›Von alleine wächst sich nichts aus ...‹ Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I*« der Öffentlichkeit in Berlin vorgestellt.

Die Langzeitstudie begleitete 900 Kinder vom Vorschulalter an über einen Zeitraum von 15 Jahren und untersuchte ausführlich die qualitativen Folgen von Armut auf die Entwicklung dieser Kinder. Die entscheidenden Faktoren, die über das Aufwachsen von Kindern bestimmen, so fand die Studie heraus, sind das Einkommen und der Bildungshintergrund der Eltern und die Familienform, in der das Kind aufwächst.

**Ansprechpartner** Dieter Eckert
**Tel** 030 / 26309265 · **Mail** dieter.eckert@awo.org

**Weitere Informationen**
Die Studie kann unter verlag@awo.org
für 18 Euro + Porto bestellt werden.

FILM

# Quartett. Das Regiedebüt von Dustin Hoffman – ab 24. Januar im Kino!

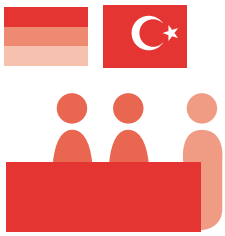
Bezaubernd leichtfüßig und dabei ungemein anrührend erzählt Dustin Hoffmans Regiedebüt »Quartett« eine turbulente Geschichte von starken Persönlichkeiten und ihren kleinen Schwächen.
Die Story: Die ehemaligen Opernstars Reggie (Tom Courtenay), Wilf (Billy Connolly) und Cissy (Pauline Collins) leben gemeinsam in einer Residenz für betagte Sänger und Musiker. Sie sind alte Freunde und gleichzeitig Teil eines einst weltberühmten Quartetts. Mitten in den Vorbereitungen zu einer Gala in Gedenken an Giuseppe Verdi zieht eine alte Bekannte in die Residenz ein: Jean (Maggie Smith) – einst legendäre Sopranistin und viertes Mitglied des Quartetts. Und nun treten Misstöne im vorher so beschaulichen Zusammenleben auf: Intrigen, Eitelkeiten und stürmische Gefühle werden begleitet von Verdis opulenten Opernklängen.

Die AWO kooperiert in der Bewerbung des Films in Deutschland.

**Weitere Informationen** www.quartett-derfilm.de

## Unsere Besten

**Hohe Ehrung für AWO-Fanprojekt**
Das AWO-Fanprojekt Kaiserslautern wurde kürzlich mit dem Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ausgezeichnet. »Mit unserer Fanarbeit wollen wir auch ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen«, betont Peter Barrois, Geschäftsführer der AWO Südwest (r.).
Das AWO-Fanprojekt für jugendliche Fußballfans des Zweitligisten 1. FC Kaiserslautern kann die mit der Ehrung verbundene Wertschätzung sehr gut gebrauchen, ist seine Zukunft doch ungewiss. Ende Dezember dieses Jahres steht die entscheidende Sitzung mit der Stadt Kaiserslautern zur weiteren Finanzierung an. »Wir hoffen, dass uns der Preis dabei hilft, die Stadt von der Wichtigkeit unseres Projekts zu überzeugen, damit sie uns weiter unterstützt«, erklärt der Leiter des AWO-Fanprojektes Erwin Ress (2.v.l.).
Mit den Projektbeteiligten freuten sich AWO Präsident Wilhelm Schmidt (l.) und der AWO-Fanbeauftragte Jörg Rodenbüsch (2.v.r.).



## Wussten Sie, ...

**... dass die AWO 1962 im Rheinland ihre erste Sozialberatung für ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige aus der Türkei eröffnet hat?**

Die erste Sozialberatung eröffnete damit bereits ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei über die Anwerbung türkischer Arbeitskräfte. Aus den Ausländersozialberatungsstellen wurden schließlich die zahlreichen AWO-Migrationsfachdienste, die mittlerweile im gesamten Bundesgebiet ihre Hilfe und Unterstützung anbieten.

VERBANDSINFORMATION

# AWO bekommt ein neues Vorstandsmitglied

Das Präsidium des AWO Bundesverbandes hat Martina Arends zum neuen Vorstandsmitglied mit dem Schwerpunkt Finanzen berufen. Arends wird damit ab 1. Januar 2013 die Nachfolge vom bisherigen Finanzvorstand Hans-Peter Niemeier antreten. Die 51-jährige Diplom-Ökonomin Martina Arends war nach einer Ausbildung zur Industriekauffrau und einem Studium der Wirtschaftswissenschaften seit 1991 als Leiterin der Innenrevision beim AWO Bezirksverband Weser-Ems tätig.

Hans-Peter Niemeier verlässt den AWO Bundesverband Ende dieses Jahres nach 20-jähriger erfolgreicher Tätigkeit aus persönlichen Gründen. In seiner Amtszeit hat sich der Bundesverband nach einer wirtschaftlich schwierigen Situation Anfang der 1990er-Jahre zu einem Spitzenverband mit sehr soliden Wirtschaftsdaten entwickelt. Außerdem setzte er entscheidende gemeinnützigkeitsrechtliche, betriebswirtschaftliche und zuwendungsrechtliche Weichenstellungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Verbandes und der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt.

Erfreulich ist, dass die 15-köpfige Führungsspitze des AWO Bundesverbandes, bestehend aus dem Vorstand und den Abteilungsleitungen, mit neun Frauen mehrheitlich weiblich geworden ist. »Marie Juchacz, unsere Gründerin und Kämpferin für die Rechte der Frauen, hätte ihre Freude an dieser Frauenquote von 60 Prozent, die für einen Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland einmalig ist«, so AWO Präsident Wilhelm Schmidt.

## Unsere Erfolge

**Familienfreundliche AWO**
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema des AWO Bundesverbandes. Dies soll auch und nicht zuletzt für die Mitarbeitenden in ihrer täglichen Arbeitssituation deutlich werden. Deshalb hat der AWO Bundesverband seine Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die berufundfamilie GmbH begutachten lassen und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert. **Mit der in diesem Zusammenhang geschlossenen Zielvereinbarung sollen die Vielfalt der Familienformen anerkannt und die Leistungen im familiären Umfeld wertgeschätzt werden.**

**Dem AWO Bundesverband wurde Ende August 2012 das Zertifikat über die erfolgreiche Durchführung des audit berufundfamilie erteilt.**

**Ansprechpartnerin** Jana Teske
**Tel** 030 / 26309149 · **Mail** jana.teske@awo.org

**Alter und neuer Finanzvorstand beim AWO Bundesverband:** Hans-Peter Niemeier (l.) und Martina Arends (r.)

Laut AWO Sozialbarometer vom Oktober 2012 fürchten 42% der Befragten, im Ruhestand von Altersarmut betroffen zu sein.

**Weitere Informationen**
www.awo-sozialbarometer.org

ALTER

# Wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut

Wenn nicht umgehend Gegenmaßnahmen eingeleitet werden, wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten Altersarmut Normalität werden. Dies war eines der Ergebnisse einer Konferenz des AWO Bundesverbandes gemeinsam mit dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen im Oktober 2012 in Berlin. Gerade die Arbeitnehmer, die im Niedriglohnbereich tätig sind, können ihren Alltag kaum noch meistern.

Zum Schutz der zukünftigen Rentner vor Altersarmut fordert die AWO deshalb:
→ Festschreibung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung auf mindestens den derzeitigen Stand von 51 Prozent vom Bruttolohn minus Sozialabgaben,
→ eine Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Bekämpfung des Niedriglohnsektors und der schlechten Bezahlung von Frauen,
→ einen besseren und abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente,
→ eine Konzentration auf die beitragsfinanzierte und solidarische gesetzliche Rentenversicherung. Diese muss zur Erwerbstätigenrente werden (das heißt, sie wird ausgeweitet auf Beamte, Selbstständige etc.),
→ die Beibehaltung bzw. den Ausbau der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber,
→ eine Konzentration auf die umlagefinanzierte Sozialversicherung (private Vorsorge darf nur eine zusätzliche und keine notwendige Option sein),
→ die bessere Anerkennung von gesellschaftlichen Aufgaben der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen,
→ die Finanzierung dieser gesellschaftlichen Aufgaben aus Steuermitteln.

**Ansprechpartner** Joß Steinke
**Tel** 030 / 26309201 · **Mail** joss.steinke@awo.org

WOHLFAHRTSMARKEN

# Sondermarke »Weihnachten«

Die diesjährige Weihnachtsmarke zeigt eine Kapelle in Elmau / Oberbayern, welche im 18. Jahrhundert erbaut worden ist. Die sich in Finsternis hüllende schneebedeckte Landschaft in der Abenddämmerung wird erleuchtet durch den hell strahlenden Christbaum.

Dieser Kontrast findet sich wieder im Prolog des Johannesevangeliums, »und das Licht leuchtet in der Finsternis und die Finsternis hat es nicht erfasst« (Joh 1,5), und verweist auf Jesus Christus, der von den Christen als »Licht der Welt« (Joh 8,12) bekannt wird. An Weihnachten feiern die Christen und viele Andersgläubige das Geburtsfest Jesu. Sie freuen sich, dass Gott Mensch geworden ist und die Welt in seinem Licht erleuchten lässt.

**Ansprechpartnerin** Berit Gründler
**Tel** 030 / 263090 · **Mail** verlag@awo.org

## Unsere Forderungen

**Soziale Gestaltung der Energiewende**
Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, deren Kosten gemeinschaftlich getragen werden müssen. Die AWO fordert deshalb:

→ **einen Sozialtarif.** Dieser könnte eine Grundmenge an Strom preiswert zur Verfügung stellen und den darüber hinausgehenden Verbrauch an eine progressive Preissteigerung koppeln. Auf diese Weise werden einkommensschwache Haushalte vor steigenden Strompreisen geschützt und zugleich Anreize zum Sparen gegeben;
→ **Beratungsleistungen** zum Energiesparen sowie eine Abwrackprämie für energieintensive Altgeräte, um die Bürger zu einem energieeffizienten Lebensstil zu befähigen und zu motivieren;
→ **Hartz-IV-Sätze endlich verfassungskonform** zu gestalten und regelmäßig aktuelle Preisentwicklungen zu berücksichtigen.

**Helfen Sie!**

Unterstützen Sie AWO International mit einer Spende!
**Vielen Dank!**

*AWO International*
*Spendenkonto 10 11 12*
*BfS 100 205 00*

AWO INTERNATIONAL

# Partner aus Asien zu Besuch

Kürzlich haben Vertreter von sechs Partnern aus Indien und Nepal AWO International sowie zahlreiche Gliederungen und Einrichtungen der AWO in Berlin (siehe Foto) und Nordrhein-Westfalen besucht. Sie lernten Einrichtungen für Migranten, Senioren und Menschen mit Behinderungen kennen und führten viele Gespräche mit AWO-Repräsentanten. Begeistert waren sie vor allem von der Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft in Deutschland und von der sozialpolitischen Lobbyarbeit der AWO. Die Besucher nahmen wertvolle Anregungen für ihre eigene Arbeit mit.
AWO International unterstützt acht Organisationen in Indien und Nepal dabei, das Leben benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

**Ansprechpartnerin** Ingrid Lebherz
**Tel** 030 / 25292772 · **Mail** ingrid.lebherz@awointernational.de

**Weitere Informationen** www.awointernational.de

# Kaum Handlungsspielraum

Glaubt man Prognosen zur finanziellen Entwicklung der kommunalen Haushalte, dann ist klar: Über viele Jahre (wenn nicht gar Jahrzehnte) wird es schwierig, die kommunalen Pflichtausgaben zu finanzieren. Wenn diese dann auch noch, so zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe, aufgrund mangelnder Beschäftigungsangebote oder prekärer Beschäftigung stetig anwachsen oder wenn etwa die Ausgaben für soziale Einrichtungen stetig zurückgefahren werden müssen, dann bleibt für etwaige andere Ausgaben, zu denen Kommunen nicht verpflichtet sind, oftmals kaum bis gar kein finanzieller Handlungsspielraum (etwa bei Investitionen für Theater oder Musikpflege).

Das Senken beziehungsweise Einstellen investiver Ausgaben in Soziales, Kultur- oder auch Sporteinrichtungen trifft vor allem jene Menschen in hohem Maße, die finanziell wie materiell bereits Schwierigkeiten haben, ihren Alltag zu meistern. Staatliche Institutionen müssen den eigenen Ansprüchen auf Daseinsvorsorge und Eröffnung von Teilhabeoptionen für den Bürger gerecht werden, da ansonsten die Schere zwischen Arm und Reich immer noch weiter auseinandergeht und so der Zusammenhalt in der Gesellschaft zusehends schwindet.

**2010 2000**

- **Bereinigte Ausgaben Sozialhilfe nach BSHG in Mio. Euro**
- **Bereinigte Ausgaben Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe) in Mio. Euro**
- **Bereinigte Ausgaben Theater und Musikpflege in Mio. Euro**

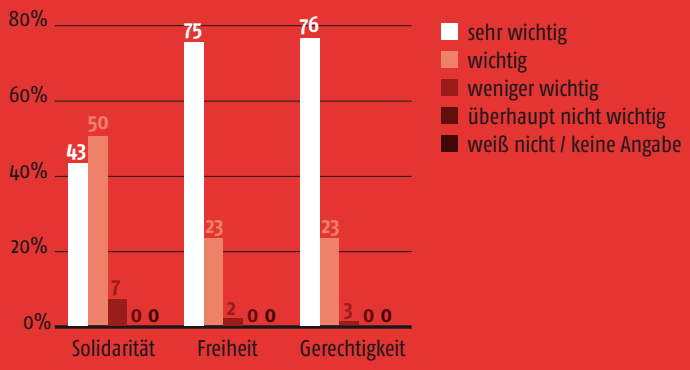
| | 2010 | 2000 |
|---|---|---|
| **Baden-Württemberg** | 2.454,6 | 2.102,4 |
| | 132,0 | 165,7 |
| | 343,5 | 389,4 |
| **Bayern** | 3.490,6 | 2712,9 |
| | 85,6 | 85,2 |
| | 360,0 | 333,4 |
| **Brandenburg** | 572,0 | 522,3 |
| | 16,5 | 31,5 |
| | 58,0 | 100,7 |
| **Hessen** | 2.291,4 | 2.203,1 |
| | 98,7 | 129,5 |
| | 227,2 | 183,5 |
| **Mecklenburg-Vorpommern** | 390,8 | 397,2 |
| | 7,5 | 38,0 |
| | 52,3 | 88,2 |
| **Niedersachsen** | 2.695,6 | 2.540,0 |
| | 95,2 | 249,4 |
| | 109,5 | 119,9 |
| **Nordrhein-Westfalen** | 6.398,4 | 5.975,1 |
| | 201,4 | 391,4 |
| | 682,6 | 625,2 |
| **Rheinland-Pfalz** | 1.316,2 | 1.015,5 |
| | 10,3 | 8,1 |
| | 97,3 | 106,8 |
| **Saarland** | 114,5 | 216,7 |
| | 1,2 | 3,6 |
| | 2,5 | 12,3 |
| **Sachsen** | 678,7 | 658,9 |
| | 15,3 | 50,1 |
| | 177,3 | 175,7 |
| **Sachsen-Anhalt** | 85,4 | 569,2 |
| | 10,5 | 38,9 |
| | 95,8 | 129,2 |
| **Schleswig-Holstein** | 1.025,8 | 644,5 |
| | 41,7 | 61,2 |
| | 47,3 | 66,7 |
| **Thüringen** | 482,8 | 275,6 |
| | 13,9 | 28,8 |
| | 63,0 | 105,3 |

Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte 2000 und 2010.

Alle Angaben sind die »Bereinigten Ausgaben« in Millionen Euro der Gemeinden in Deutschland.

## AWO SOZIALBAROMETER

Ich lese Ihnen nun einige Werte vor. Sagen Sie mir bitte zu jedem Wert, ob dieser für Sie persönlich sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig ist. Ist dieser Wert für Sie ...

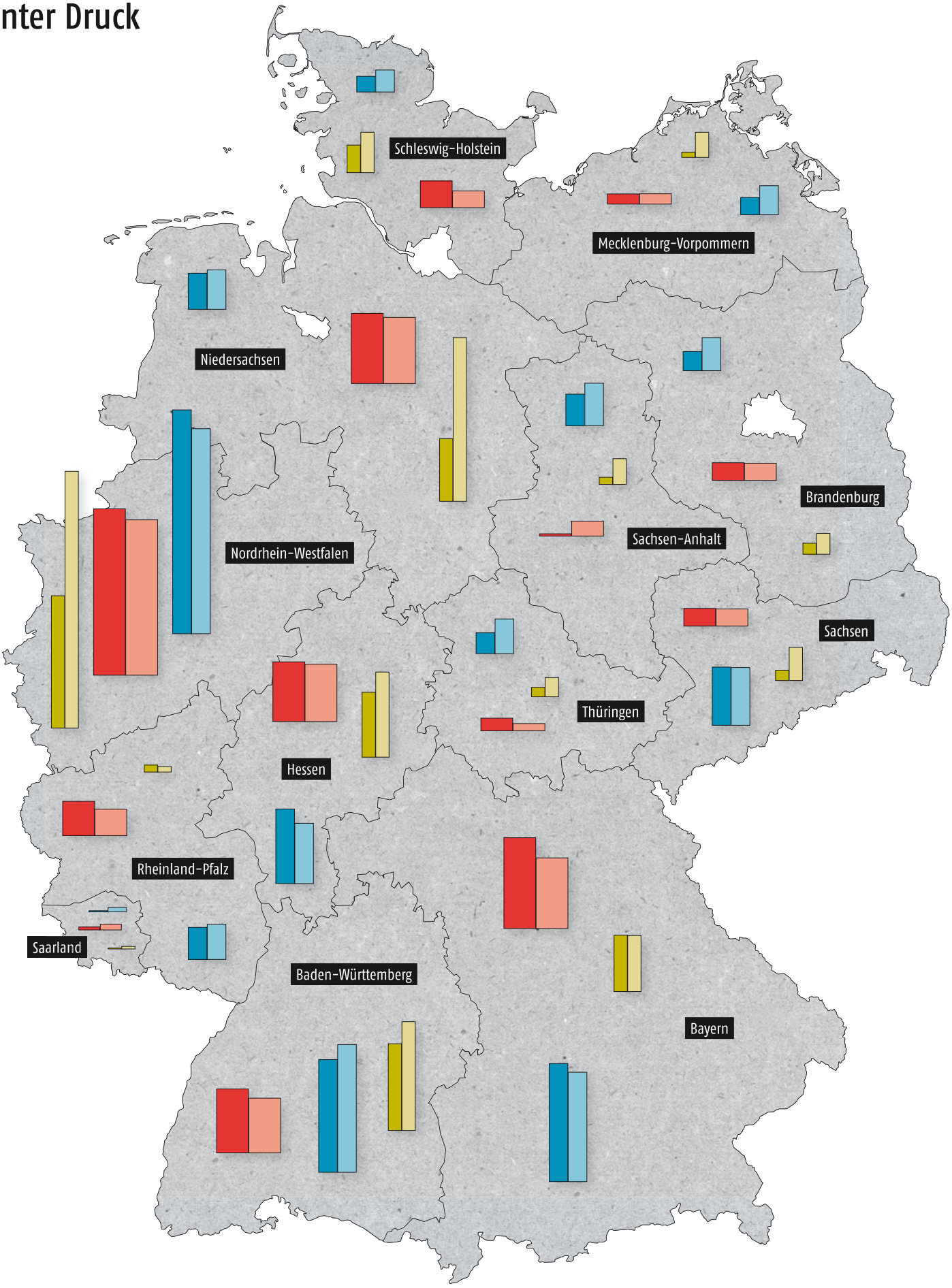



Quelle: AWO Sozialbarometer 11/2012

Das AWO Sozialbarometer fragt monatlich nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

**Weitere Informationen** www.awo-sozialbarometer.org

# Kommunen geraten unter Druck



# Soziale Arbeit im Quartier

Das gesellschaftliche Miteinander vor Ort steht mehr denn je vor großen sozialen und finanziellen Herausforderungen. Staat und Zivilgesellschaft müssen diese annehmen und meistern, um eine weitere Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung zu verhindern.

Chancen, Risiken, Herausforderungen und Hindernisse diskutieren wir in diesem Heft.

# Soziale Arbeit im Quartier

Der unmittelbare Lebensraum gewinnt für die Menschen eine immer größere Bedeutung. Dies stellt die Soziale Arbeit vor neue Herausforderungen. Die AWO muss dies noch mehr erkennen als bisher und mit entsprechenden Angeboten darauf reagieren.

**Autor** Dieter Eckert

Armut, Ausgrenzung, demografische Veränderungen, Entsolidarisierung, neue Wohnungslosigkeit – nur einige Entwicklungen in unserer heutigen Zeit, die sich vor allem in Stadtteilen und Quartieren unserer Städte niederschlagen und zu massiven gesellschaftlichen Herausforderungen führen. Die AWO mit ihren vielen Angeboten in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie, Migration, Gesundheit, Behinderung, Senioren, Arbeitsmarkt wird sich diesen Entwicklungen nicht entziehen können, wenn sie ihrem sozialpolitischen Auftrag zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit, Solidarität und Wohlergehen kranker oder sozial benachteiligter Menschen weiterhin gerecht werden möchte.

## Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung

Innerhalb der Sozialen Arbeit wurde bereits frühzeitig darüber debattiert, dass die sogenannte Gemeinwesenarbeit ein unverzichtbares Handlungsprinzip ihrer Arbeit sein muss. Nicht nur der Einzelne muss im Mittelpunkt von Angeboten und Hilfe stehen, sondern auch das soziale, kulturelle, räumliche und ökonomische Umfeld muss für sein Wohlbefinden und seine gelingende Persönlichkeitsentwicklung mitgedacht werden.

Aus diesen fachpolitischen Debatten resultierte letztlich auch der Begriff der Sozialraumorientierung. Darunter lässt sich als Sozialraum sowohl der unmittelbare Erfahrungsraum mit seinen individuell geprägten Beziehungen und Netzwerken verstehen als auch der sozio-kulturelle Raum mit seinen Angeboten an Bildung, Kultur, Sozialem oder Arbeit, in dem sich der Einzelne engagiert und bessere Lebensbedingungen in seinem Lebensraum aktiv mitgestalten kann.

Die Idee der Sozialraumorientierung ist eine Handlungsoption der Sozialen Arbeit. Sie verhilft den Menschen in ihrem konkreten Umfeld, ihr Recht auf selbstbestimmte Teilhabe einzulösen, indem sie deren Interessen und Bedürfnisse zum Ausgangspunkt aller Aktivitäten nimmt, Eigeninitiative und Bürgerschaftliches Engagement anregt und fördert, unterschiedliche Ressourcen im Sozialraum erschließt (soziale Dienste, Schulen, Infrastruktur) und über Kooperation und Vernetzung (Mitmenschen, Nachbarschaft) das Gemeinsame als Perspektive und Haltung sichert. Sozialraumorientierung dient somit zur Optimierung der sozialen Angebote und Dienste im Quartier; sie lässt sich auch als Instrument zur integrierten Stadtteilentwicklung nutzen, um eine zivilgesellschaftlich getragene Perspektive von Städten und Gemeinden zu befördern.

## Die AWO ist gefordert

Mit ihren vielfältigen Einrichtungen und Diensten leistet die AWO einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung einer verlässlichen sozialen Infrastruktur in allen Gebieten Deutschlands. Vor Ort sind haupt- und ehrenamtliche AWO-Mitarbeiter eingebunden in sozialräumliche Kommunikations- und Netzwerkstrukturen und prägen so vielfach die sozial- und kulturpolitische Diskussion in den lokalen Gemeinwesen wesentlich. Ihre Tätigkeit für die sozialen Belange insbesondere von Men-

schen mit Hilfebedarf ist gemeinwohlorientiert, ihr zivilgesellschaftliches Engagement als Person, Verein, Mitgliederverband und in Selbsthilfe- und lokalen Initiativen ist selbstredend. Ihr sozialpolitisches Mandat stützt sich schwerpunktmäßig auf diese sozialräumliche Kompetenz.

Der unmittelbare Lebensraum der Bürger gewinnt an Bedeutung. AWO-Träger sind beispielsweise aktiv eingebunden in die Umgestaltung kommunaler Altenhilfe hin zu wohnortnahen Versorgungsketten für hilfs- und pflegebedürftige Menschen. Hier wird der Leitgedanke umgesetzt, dass Sozialraumorientierung den Bedarfen der älter werdenden Menschen folgt, indem die AWO und andere Verbände vernetzte Angebote zur Stärkung des Einzelnen in seiner eigenen Umgebung organisieren.

Auch im Gesundheitswesen orientieren sich AWO-Träger an der Realisierung sozialraumbezogener Ansätze zur Prävention und Gesundheitsförderung und zur ambulanten medizinischen Rehabilitation. In der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe motiviert die sozialraumbezogene Denkweise die Überarbeitung von Fachkonzepten – beispielsweise im zügigen Aus- und Aufbau wohnortnaher Zentren der Begegnung und Beratung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien (etwa Jugendberatungs- und Jugendbegegnungsstellen, Mehrgenerationenhäuser, Sozialzentren, Familienzenten). In der Behindertenhilfe befördert die durch die UN-Behindertenrechtskonvention eingeleitete Inklusionsdebatte die Öffnung und den Einbezug aller sozialen, schulischen und therapeutischen Regelleistungen als ein wohnortnahes Angebot für alle Menschen unabhängig von ihrer Behinderung, um hierdurch eine diskriminierungsfreie Angebotsstruktur zu verwirklichen.

Sozialraumorientierte Soziale Arbeit ist ein Gewinn für jedes Gemeinwesen. Dennoch ist in der Praxis festzustellen, dass strukturell und haltungsbedingte Erschwernisse und Vorbehalte einer nachhaltigen Umsetzung immer noch zu oft im Wege stehen. Anspruch und Wirklichkeit von Sozialraumorientierung zum Wohle vernetzter und präventiv wirkender sozialer Angebote zusammenzubringen, bleibt eine ständige Herausforderung. Die AWO kann hierzu ihren Beitrag leisten – als zivilgesellschaftliche Akteurin, als Teil des »kommunalen Sozialstaats«, als kompetente Ansprechpartnerin und Fachinstanz für soziale Belange. Der Anfang ist gemacht, weitere Schritte müssen folgen.

**Ansprechpartner** Klaus Theißen
**Tel** 030 / 26309167 **Mail** klaus.theissen@awo.org

# »Soziale Stadt« ist ein Erfolg

1999 haben Bund und Länder das sogenannte Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« im Rahmen der Städtebauförderung aufgelegt. Das Programm wurde rasch ein großer Erfolg, weil es mehr ist als Investitionen in Gebäude und Straßen, sondern auch soziale und kulturelle Faktoren gleichberechtigt mitbedenkt. Thomas Franke vom Deutschen Institut für Urbanistik begleitet das Programm von Anfang an und berichtet im Interview mit der AWO Ansicht über Erfolge und Herausforderungen.

**Interview** Peter Kuleßa

**Was ist ein Quartier und was bedeutet Quartiersmanagement?**

**FRANKE** Der Begriff Quartier wird viel genutzt, ist aber eigentlich nicht wirklich definiert. Es gibt verschiedene Begriffe, die auch aus dem Amerikanischen übernommen worden sind, etwa Nachbarschaft und Community. Den Quartiersbegriff kann man in diesem Kontext einordnen. Grundsätzlich ließe sich vielleicht zwischen administrativen Räumen, wie zum Beispiel politischen Bezirken und administrativen Stadtteilen einerseits und Raumgebilden, die eher sozial definiert sind, andererseits, unterscheiden. Kurzum: Das Quartier definiert sich durch den Zusammenhang von Wohnsituation, Zusammengehörigkeitsgefühl und individueller Raumwahrnehmung. Die kleinere Einheit wäre wiederum die Nachbarschaft.

»›Soziale Stadt‹ soll die Lebensbedingungen vor Ort verbessern.«

**Seit wann gibt es die Quartiersdiskussion in Deutschland?**

**FRANKE** Die Quartiersdiskussion ist parallel zum Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« Ende der 1990er-Jahre aufgekommen.

**Was ist die Kernidee des Programms »Soziale Stadt?«**

**FRANKE** Eigentlich gibt es mehrere Kernideen …

**… die da wären?**

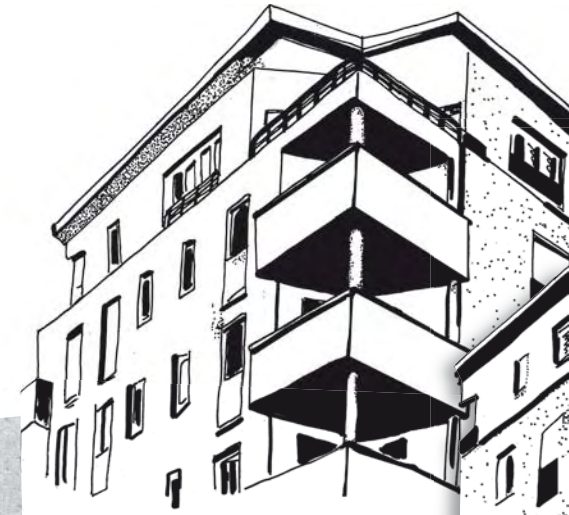
**FRANKE** …vor allem die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und die Wiederherstellung der Anschlussfähigkeit von abgehängten Stadtteilen bzw. ihrer Menschen am gesellschaftlichen Gesamtprozess. Das ist so die große Rahmenphilosophie. Konkreter: Es soll Stadtbauförderung betrieben werden, wonach investive Mittel für Sanierung und Modernisierung von städtebaulichen Maßnahmen eine Leitplattform abgeben, in der dann auch Finanzierungsmöglichkeiten im sozialintegrativen Bereich eingesetzt werden können, um verschiedene Aspekte von Quartiersentwicklung zu bedienen. Es war jedoch nicht die Idee, mit dem Programm »Soziale Stadt« alles, was möglich ist, zu finanzieren; es war von vornherein ein appellatives Programm und es war von vornherein die Philosophie, zu sagen, wir gehen mit der investiven Quartiersentwicklung voran und setzen auf Öffnung für andere Bereiche, die gleichermaßen notwendig sind für ganzheitliche Quartiersentwicklung.

**Was meinen Sie genau mit ganzheitlicher Quartiersentwicklung?**

**FRANKE** Ganzheitlicher Quartiersentwicklung liegt eine Sichtweise zugrunde, wonach soziale, städtebauliche, umweltbezogene, ökonomische und kulturelle Aspekte nicht sektoral, sondern integrativ betrachtet werden. Sprich: Die Realität vor Ort zeigt, wo Dinge ineinandergreifen: Das Städtebauliche dringt ins Soziale oder umgekehrt, das Kulturelle ist mit dem Sozialen verbunden und so weiter.

**Was charakterisiert das Programm noch?**

**FRANKE** Die heutige integrierte Stadtentwicklung oder Stadtteilentwicklung – zu der dann auch die Soziale Stadt gehört – ist pragmatisch und projektorientiert ausgerichtet; schon mit lang- und mittelfristigen Zielen, aber sehr



stark orientiert an den konkreten Problemen und den potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort. Und dies alles inklusive der Beteiligung der Bürger vor Ort.

## »Die heutige integrierte Stadtentwicklung ist an den konkreten Problemen interessiert.«

**Welche Rolle spielt Soziale Arbeit in der »Sozialen Stadt«?**

**FRANKE** Es kommt zunächst einmal darauf an, was man unter Sozialer Arbeit versteht. Die Rückführung auf den Bereich des Jugendamtes oder die Jugendarbeit wäre sicher eine verkürzte Sichtweise. Es geht in starkem Maße um Aktivierung. Es geht um Beteiligung. Dies sind Kernelemente des Programmansatzes. Es geht um aufsuchende Arbeit, es geht um Dialoge, es geht um Kommunikation. Insofern spielt natürlich jegliche Form von Gemeinwesenarbeit im weitesten Sinne oder Arbeit im sozialen Bereich eine zentrale Rolle in der Sozialen Stadt.

**Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege?**

**FRANKE** Sie tragen mit ihren Zielsetzungen, mit ihrer Agenda, mit ihren Ressourcen, Einrichtungen, Manpower sicher erheblich dazu bei, dass soziale Infrastrukturen erhalten bleiben, ausgebaut und veränderten Bedarfen angepasst werden. Idealerweise tun sie das, indem sie sich als Teil einer integrierten Quartiersentwicklung verstehen. Das heißt, dass sie sich mit jenen Akteuren vernetzen, die in ihrem eigenen Tätigkeitsbereich eine Rolle spielen. Dies sind natürlich vor allem die Kommunen, das sind aber ebenso die Mitbewerber, aber sicherlich auch die Bevölkerung. Insgesamt bietet das Programm ein Fundament dafür, wie man in hohem Maße integrativ und dialogorientiert mit unterschiedlichen Gruppen und Partnern umgehen kann.

**Haben Sie Erkenntnisse darüber, inwieweit Bürger, die beteiligt werden sollten, sich auch tatsächlich beteiligen?**

**FRANKE** Vielfach wird berichtet, dass Bürger in den Gebieten der Sozialen Stadt die positive Erfahrung machen, Politik und Verwaltung würden sich wieder stärker um sie kümmern. Dies ist mal weniger, mal stärker ausgeprägt, wird aber eigentlich durch die Bank weg so formuliert. In Berlin etwa werden Quartiersfonds gut angenommen. Beteiligungsforen im Leipziger Osten beispielsweise haben eine lange Tradition und sind gut besucht. Die Frage ist natürlich immer auch, was gut besucht bedeutet. Ich denke, da muss man sich immer wieder Details

**Thomas Franke**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Im dortigen Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales verantwortet er die Themenschwerpunkte »Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung und Stadterneuerung«.

ansehen. Wir haben 630 Gebiete – und in allen laufen Beteiligungsformen. Das ist eine Riesenbandbreite.

Eines von vielen erfolgreichen Beteiligungsprojekten nennt sich »Wir im Brunnenviertel« in Berlin-Mitte. Es zielt auf die umfangreiche Beteiligung vor allem von Familien, Kindern und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) und auch von Arbeitsuchenden. Interessierte Bewohner werden dabei unterstützt, kleinere Projekte und Angebote ehrenamtlich oder gegen eine kleine Aufwandsentschädigung im Quartier anzubieten und durchzuführen. Im Jahr 2006 wurde mit ersten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Aktionen begonnen, und bis zum Ende der Laufzeit des Modellprojektes 2008 wurden fast 100 Bürgerprojekte von 94 Bürgerprojektleiterinnen und -leitern in den Bereichen Bildung, Quartiers- und Nachbarschaftsentwicklung, Integration, Gesundheit und Sport, Hilfe zur Selbsthilfe durchgeführt.

## »Die Lobby zur Fortführung des Programmes ›Soziale Stadt‹ ist groß.«

Heute werden einige Projekte aus dem Quartiersfonds weiterfinanziert. In einer Evaluationsstudie wurde eine deutliche Belebung des Quartiers durch die Beteiligungsprojekte festgestellt. Auch der interkulturelle Austausch und die Vernetzung von öffentlichen Einrichtungen und Initiativen der Gemeinwesenarbeit haben sich verbessert. Am wichtigsten ist vielleicht die zunehmende Identifikation der Quartiersbevölkerung durch »Wir im Brunnenviertel«.

**Wenn Sie eine Art Programmzwischenbilanz ziehen sollten, wie würde diese ausfallen?**

**FRANKE** Aus meiner Sicht ist das Programm erfolgreich. Natürlich muss man vorsichtig sein, was die reinen Daten angeht. Ein benachteiligtes Quartier etwa, das mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat und jetzt zehn Jahre im Programm ist, aber bei den Zahlen nicht zu wesentlichen Verbesserungen gekommen ist, muss kein Programmmisserfolg sein, weil man schlicht nicht weiß, was ohne das Programm passiert wäre. Von daher legen wir auch unser Hauptaugenmerk auf qualitative Daten und qualitative Auseinandersetzungen und hören uns an, was verschiedenste Akteure berichten. Ein besseres Lebensgefühl, bessere Identifikation mit dem Quartier, Optimismus, geringeres Unsicherheitsgefühl, weniger Angst im Quartier, das Gefühl, von Politik und Verwaltung gehört oder ernst genommen zu werden, sich stärker einbringen zu können – das alles sind ja sicher positiv besetzte Eindrücke und »Rückmeldungen«.

**Worin besteht für Sie die langfristige Perspektive vom Programm Soziale Stadt?**

**FRANKE** Ich hoffe, dass das Programm zumindest auf dem Stand, den wir jetzt haben, weiterlaufen wird.

**Und wovon hängt das ab?**

**FRANKE** Wie immer von den bundespolitischen Entscheidungen und von den Entscheidungen der Bundesländer.

**Wie stark ist die »Lobby« für dieses Programm?**

**FRANKE** Ich würde sie als sehr stark betrachten. Dies sowohl im Bereich der Zivilgesellschaft als auch im politischen Bereich auf der Ebene von Kommunen und Ländern. Ebenso in der Trägerlandschaft des Dritten Sektors oder auch in der Wissenschaft.

# Vereint vor Ort

In ganz Deutschland engagieren sich Zehntausende freiwillig in den Ortsvereinen der AWO und leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Ein Beispiel von vielen: Soest. Seit 1924 ist hier die Ortsvereinsarbeit der AWO nicht wegzudenken.

**Autor** Peter Kuleßa

Die AWO Ortsvereinsvorsitzende **Brigitta Heemann** (3. v. r.) im Kreise ihres Vorstandes.

Dem AWO Ortsverein Soest stehen noch blühendere Zeiten bevor: OV-Vorsitzende Brigitta Heemann ist seit ein paar Wochen im Ruhestand und hat nun noch mehr Zeit und möchte sich nun noch stärker als eh schon im und für den OV engagieren. Vielerorts beklagen Ortsvereine einen stetigen, zum Teil massiven Mitgliederrückgang. Nicht so in Soest. Hier hat sich die Zahl der Mitglieder seit ihrem Amtsantritt 1994 mit rund 340 mehr als verdoppelt und ist für die politisch Verantwortlichen in Soest bei sozialpolitischen Fragen nicht zu übergehen oder wegzudenken. Das Erfolgsrezept klingt so simpel wie einfach, trifft aber den Kern aller Diskussion: »Man muss möglichst viel Interessantes anbieten. Dabei müssen sich die Angebote an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen orientieren«, so Heemann. Sicher, auch der Ortsverein in Soest hat vorwiegend ältere Menschen als Mitglieder und macht deshalb auch entsprechende Angebote (Internetcafé für Senioren, Filmabende, Reisen oder Kaffeenachmittage).

### Haupt- und Ehrenamt harmonieren

Seit 2001 betreut der AWO Ortsverein die städtische Begegnungsstätte im Bergenthalpark. Mit vielen ehrenamtlichen Helfern sorgt er dafür, dass es immer ein umfang- und abwechslungsreiches Programm gibt, das sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Senioren der Stadt und des AWO Ortsvereins ausrichtet. Zugleich helfen Mitglieder aber auch in den AWO-Einrichtungen vor Ort. So etwa im von der AWO betreuten Bewohnerzentrum in der sogenannten »Englischen Siedlung«. Hier sind nach dem Abzug der britischen Armee in den alten Wohnhäusern Asylbewerber und Russlanddeutsche untergebracht worden. Beide Gruppen konnten sich nur schlecht bis gar nicht integrieren; die Siedlung ist eine Siedlung für sich. Wichtiger Treffpunkt: das von der AWO geführte Bewohnerzentrum. Hier können Jugendliche ihre Freizeit verbringen, Familien ihre Feiern abhalten. Hier bietet der AWO Ortsverein in Zusammenarbeit mit der Familienbildung der evangelischen Frauenhilfe einen Küchenfitnesskurs an. Ziel dabei: insbesondere Bewohnern der Siedlung Grundlagen der Haushaltsführung und der gesunden Ernährung näherzubringen. Auch beim Sommerferienabschlussfest unterstützt der AWO Ortsverein mit vielen ehrenamtlichen Helfern die hauptamtlichen Kräfte. Vonseiten der hauptamtlichen Mitarbeiter erhalten die Ehrenamtler »volle Rückendeckung; es ist eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt«, betont Heemann. Etwa auch dann, wenn Ehrenamtler aus dem Ortsverein eng mit den Verantwortlichen in der AWO-Kindertageseinrichtung »Bunte Welt« in der Englischen Siedlung zusammenwirken, um als Lesepaten den Kindern lehrreiche wie vergnügliche Momente zu bieten. »Es wäre schön, wenn die vielen Ehrenamtlichen die vielen Arbeiten etwa bei der Betreuung der Seniorenbegegnungsstätten nicht komplett unentgeltlich machen müssten, sondern zu ihren oftmals kleinen oder allenfalls durchschnittlichen Renten etwas als Bundesfreiwilligendienstler hinzuverdienen könnten«, wünscht sich die Ortsvereinsvorsitzende.

Vielfach wird unterstellt, dass AWO Ortsvereine kaum mehr politisch sind. Dem widerspricht auch Brigitta Heemann nicht. Sie wolle deshalb demnächst je einen Arbeitskreis Politik und Geschichte initiieren, um sowohl die historische und aktuelle politische Bedeutung der AWO zu vermitteln als auch über aktuelle sozialpolitische Fragen zu informieren und zu diskutieren.

**In Soest veranstaltet der AWO Bezirksverband Westliches Westfalen am 13. und 14. September 2013 sein traditionelles Familienfest.**
**Weitere Informationen** www.awo-ww.de

# Die Qualität muss bleiben

Vielerorts sind in ganz Deutschland die Angebote für Soziale Arbeit schwer aufrechtzuerhalten. Der Geschäftsführer des AWO Kreisverbandes in Chemnitz berichtet davon und von den Herausforderungen, vor denen die AWO steht.

**Interview** Peter Kuleßa

**Sind die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auch in Chemnitz spürbar?**

**TAUTZ** Ja, eindeutig. Aber die »Schuld« allein auf die Krise zu schieben, wäre zu kurz gesprungen. Seit geraumer Zeit werden die Kommunen mit Aufgaben des Bundes und des Freistaates Sachsen belastet, ohne in erforderlichem Maße die finanzielle Ausstattung dafür zur Verfügung gestellt zu bekommen. Hinzu kommt, dass die Veränderungen im Länderfinanzausgleich auch dazu führen, dass den Kommunen zunehmend Schlüsselzuweisungen gestrichen werden. Damit sind die Kommunen, so auch Chemnitz, überfordert und kaum mehr in der Lage, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Der Stadtrat von Chemnitz hat zum Beispiel in den vergangenen Jahren bereits zwei »Entwicklungs- und Konsolidierungskonzepte« beschlossen. Die Betonung liegt hierbei auf Konsolidierung. Wesentliche Teile der Kürzungen liegen dabei im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe.

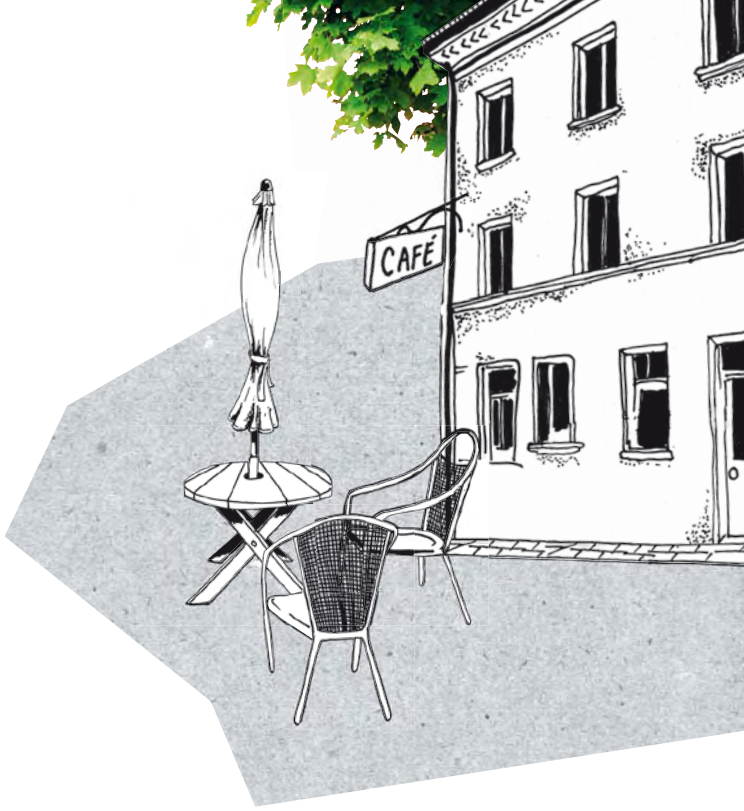
**Wie wirkt sich dies konkret auf die praktische Arbeit aus?**

**TAUTZ** Die Kürzungen haben Auswirkungen in einem breiten Spektrum sozialer Angebote. So wurde etwa die Förderung für vier Seniorenbegegnungsstätten, davon eine der AWO, komplett eingestellt. Dies hat teilweise zur Schließung der Einrichtungen geführt. Andere Angebote wie im Bereich der »Hilfen zur Erziehung« oder im Bereich Kindertagesstätten führten entweder zur Einschränkung von Leistungen, obwohl deren Bedarf weiterhin gegeben ist, oder zur Umverteilung der Kosten.

**Haben Sie ein konkretes Beispiel?**

**TAUTZ** Ja, bis zum Jahr 2011 etwa wurde das Mittagessen in den Kindertagesstätten mit einem Betrag von 80 Cent pro Tag und Kind subventioniert. Dies wurde ab dem Jahr 2012 vollständig eingestellt. Die Folge: Die Eltern müssen diesen Anteil seither selber finanzieren.

Zusätzlich zu den Kürzungen aus den Entwicklungs- und Konsolidierungskonzepten verhängte der Kämmerer der Stadt Chemnitz in diesem Jahr noch eine Haushaltssperre über sechs Prozent, die zunächst auf alle von der Stadt geförderten Leistungen der freien Träger durchschlagen sollte. Proteste der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtsverbände führten dazu, dass die Haushaltssperre zumindest für pflichtige Leistungen zurückgenommen wurde.




**Wie stellt sich die AWO mit ihren Angeboten angesichts dieser Rahmenbedingungen auf?**

**TAUTZ** Es ist wichtig, dass wir unsere Angebote nach Möglichkeit effizienter, aber bei gleichbleibender Qualität durchführen. Dies ist leichter gesagt als getan, denn: Sehr schnell führt dies zu einer Leistungsverdichtung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und damit zu deren Überforderung. Hier muss die AWO als Arbeitgeber ihrer Verantwortung und Fürsorgepflicht gerecht werden.

Die AWO muss sich noch stärker als sozialpolitischer Interessenvertreter im politischen Prozess wie auch in öffentlichen Debatten einbringen. Insbesondere den lokalen Entscheidungsträgern müssen wir die teils fatalen Folgen der Kürzungsentscheidungen nahebringen, um weitere gravierende Fehlentscheidungen zu verhindern. Zumal ja oftmals eine Klientel von den Auswirkungen der Kürzungen betroffen ist, die sich selbst nicht wehren kann und auch keine Lobby hat.

Schließlich ist aber auch das Innovationspotenzial der AWO gefragt. So ist der AWO Kreisverband Chemnitz in den letzten Jahren trotz Kürzungswellen seitens der Kommune und des Freistaates gewachsen. Neue Projekte wurden z.T. entwickelt oder übernommen. Genannt seien beispielhaft die Projekte »Schülergericht« oder »Stadtteil- und Quartiersmanagement«. Und es gilt, alternative Finanzierungsquellen zu erschließen.

**Wie sehen Sie die Zukunft der Sozialen Arbeit in Chemnitz?**

**TAUTZ** Es wird weiterhin weniger finanzielle Mittel für die Soziale Arbeit in Chemnitz geben. Deshalb wird es notwendig sein, gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden – freien wie privaten Trägern –, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat, die Sozialplanung der nächsten Jahre zu gestalten. Dabei muss endlich der Unfug aufhören, dass der Jugendhilfe- und Sozialbereich allein deshalb am meisten zu kürzen ist, weil er den größten Anteil am Stadthaushalt einnimmt. Jeder weiß, dass ein Großteil dieses Haushaltstitels gar nicht kürzbar ist und damit die Kürzungen überproportional bei den Leistungen freier Träger ankommen. Wir müssen deshalb alle dafür sorgen, dass die Stadt Chemnitz im Jugendhilfe- und Sozialbereich für alle Bürger der Stadt, unabhängig von Alter und Herkunft, attraktiv bleibt. Von daher ist eine regelmäßige Evaluation der Kürzungsmaßnahmen mehr denn je geboten, um mögliche Fehlentscheidungen zu erkennen und gegenzusteuern.

**Ansprechpartner** AWO Chemnitz und Umgebung e.V.
**Tel** 0371 / 6965199 **Mail** kontakt@awo-chemnitz.de

**Weitere Informationen** www.awo-chemnitz.de

**ZAHLEN UND FAKTEN**

**Mitarbeiter**
**644** Beschäftigte · **46** ehrenamtliche Mitarbeiter

**Fachbereich Seniorenarbeit und Pflege**
**2** Seniorenpflegeheime · Essen auf Rädern · **3** Sozialstationen
**6** betreute Wohnanlagen · **1** Begegnungsstätte für Senioren
Physiotherapie · Ergotherapie · **1** Tagespflege

**Fachbereich Kinder, Jugend und Familie**
Beratungsstellen · **2** Jugendtreffs · **1** Stadtteilmanagement
**2** Quartiersmanagement · Kinder- und Jugendtelefon
AWO-Fanprojekt Chemnitz · **10** Kindertagesstätten in Chemnitz
**2** Kinderhorte in Chemnitz · **3** Kindertagesstätten in Oelsnitz / Erzgebirge · **3** Kinderhorte in Oelsnitz / Erzg.

**Jürgen Tautz**
ist studierter Sozialmanager und Diplom-Kulturmanager und seit 2006 Geschäftsführer des AWO Kreisverbandes Chemnitz und Umgebung e.V.

# Dienst im Kiez

Volkan Bingöl war »der letzte Zivi« im AWO-Begegnungszentrum Berlin-Kreuzberg, einem seit Jahrzehnten im Kiez etablierten Treffpunkt für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Für Bingöl war es während seiner Zivildienstzeit eine besondere Erfahrung, die vielen Senioren verschiedener Nationalitäten mit ihren unterschiedlichen Mentalitäten kennenzulernen. Sehr beeindruckt zeigte er sich von der Angebotsvielfalt des Begegnungszentrums. Rasch wurde ihm auch bewusst, dass Tätigkeiten im sozialen Bereich »eine besondere Verantwortung und einen sensiblen Umgang« erfordern, um die Menschen verschiedener Nationalitäten sprachlich zu verstehen und entsprechend auf sie eingehen zu können.

# 3 Fragen … an Apostolos Tsalastras

**1 Herr Tsalastras, wie konnte es dazu kommen, dass der finanzielle Spielraum zahlreicher Kommunen immer kleiner geworden ist?**

**TSALASTRAS** Für den zurückgehenden Spielraum der Kommunen gibt es drei zentrale Gründe. Der erste ist die Steuergesetzgebung des Bundes, die dem Staat im Allgemeinen und den Kommunen im Besonderen zu wenig finanzielle Mittel für die vorhandenen Aufgaben sichert. Hinzu kommt eine Gesetzgebung vom Bund, aber auch von den Ländern, die den Kommunen immer wieder neue Aufgaben zuweist, ohne für die notwendigen Mittel zu sorgen. Der dritte Grund ist der Strukturwandel, in dem sich zahlreiche Kommunen befinden. Hohe soziale Leistungen aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und schwierige soziale Verhältnisse auf der einen Seite und geringe Steuerkraft auf der anderen verfestigen die katastrophale Finanzsituation von Kommunen in vielen Regionen unseres Landes. Was besonders bedrückend ist, dass sich die Schere zwischen reichen und armen Städten immer weiter öffnet und die deutsche Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet.

**2 Sind mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort bereits erkennbar negative Auswirkungen spürbar?**

**TSALASTRAS** Natürlich gibt es negative Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir erhöhen die finanziellen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und senken gleichzeitig unser Leistungsangebot. Statt Bürgerschaftliches Engagement finanziell zu fördern, erschweren wir die Arbeit in den zahlreichen Vereinen durch immer höhere Belastungen. Gleichzeitig reduzieren die Kommunen notgedrungen ihre Angebote in den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur und Sport. Das geht nicht spurlos an einer Stadt vorbei. Ich bewundere die Menschen in Oberhausen, wie sie trotz der schwierigen Situation versuchen, sich mit viel Kreativität gegen diese Entwicklung zu stemmen.

**3 Was muss geschehen, um das kommunale Leben in Deutschland zu vitalisieren?**

**TSALASTRAS** Die Finanzen der Kommunen insbesondere in Regionen mit strukturellen Problemen müssen stabilisiert werden. Das Land NRW hat für seine Kommunen mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen einen wichtigen Schritt gemacht. Jetzt muss der Bund stärker als bisher seiner Verantwortung gerecht werden und einen Teil der hohen Soziallasten übernehmen. In erster Linie geht es hierbei um die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Bezieher und die Eingliederungsleistungen für Menschen mit Behinderung. Dies sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht den Kommunen aufgebürdet werden dürfen. Darüber hinaus brauchen wir stabile und höhere Steuereinnahmen statt weiterer Geschenke an einzelne privilegierte Gruppen. Zur Förderung des Strukturwandels sind dringend regionale Programme erforderlich, um die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Für die Stadtentwicklung in den Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen bedarf es dringend einer Wiederbelebung des Programms »Soziale Stadt«. Diese Forderungen bedeuten nicht, dass die Kommunen nicht auch ihre Bemühungen zur Konsolidierung weiterführen, aber mittlerweile sind viele weit über ihre Belastungsgrenze hinausgegangen.

**Apostolos Tsalastras**
ist Dezernent für Finanzen und Kultur der Stadt Oberhausen.

# Plattform ist das Quartier

**Autor** Konrad Hummel

**Konrad Hummel** ist Beauftragter des Oberbürgermeisters für die Konversion der Stadt Mannheim und ausgewiesener Kenner von Engagement- und Beteiligungsfragen in der Praxis.

Der hohe Anspruch, sich im eigenen Stadtquartier fürs Gemeinwohl einzusetzen, erscheint auf den ersten Blick als eine Sache aufgeklärter Minderheiten, gebildeter Bürger, welche über Selbstdisziplin, Empathie und Ressourcen verfügen. Moderne Stadtentwicklung darf sich nicht auf eine solche Auswahl beschränken. Sie muss veränderte, offene Lebensweisen als Chance begreifen, muss außerfamiliäre Gemeinsamkeiten im Schutze der jeweiligen Milieus herstellen und sie muss Kompetenzen abrufen, nicht nur sprachlich-soziale, sondern auch technische in und außerhalb von Betrieben.

Bürgerengagement lebt stärker als das alte Ehrenamt aus erlebten, gestaltbaren Differenzen. Je weniger wirksam große Familien und Institutionen uns ihre Normen vorgeben, desto mehr hat jeder sein Alter, sein Alleinsein, seine Religionszugehörigkeit, sein Hobby, seine Neigungen auf der Bühne der Gesellschaft selbst zu verteidigen. In der Regel geschieht dies mit Brauchtumspflege der neuen Art: Frauen, Senioren oder Mitglieder bestimmter Glaubensrichtungen tun sich verstärkt zusammen. Es kommt darauf an, mit der Öffnung dieser unterschiedlichen Milieus die allseitige Wertschätzung im Quartier zu erhöhen. Seniorenclubs kochen für Wärmestuben, Motorradfahrervereine gestalten eine Behindertenausfahrt, Umweltgruppen kooperieren mit Managern.

Bürgerengagement ist selbst ein Stück des Zieles, dem die Stadtentwicklung zu dienen hat: Menschen Raum zu bieten, in dem sie sich engagieren wollen, und Chancen und Anlässe für ein solches Engagement. Es gilt, Quartiere so zu definieren, dass sie in Abwägung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Sachzwänge einen Aufforderungscharakter haben und einen Handlungsspielraum für Menschen bieten. Sie schieben Generationen, Geschlechter, Religionen, Einkommensschichten und Ethnien zusammen und auseinander. An ihren Schnittstellen kann neues Bürgerengagement erwachsen, das die Stadtgesellschaft in Zukunft letztlich zusammenhält.

Für Wohlfahrtsverbände – wie die AWO – bedeutet diese Entwicklung, sich weniger als bisher um eine »bundeszentrale Machtstrategie« als um eine lebhafte Präsenz im Quartier zu kümmern. Dort kann sich ein Verband bewähren als »Engagementverband«, als Transmissionsriemen zwischen Sozialstaat und gemischter Bürgerschaft. Ein Verband kann in einer individualisierten Gesellschaft aufzeigen, wie durch Kooperation Selbstbewusstsein und Selbsthilfe erwachsen. Die Wohlfahrtsverbände haben sich notgedrungen in den letzten zwanzig Jahren als marktfähige, arbeitsteilige Dienstleister profiliert. Ihr wichtigeres Standbein ist aber der Mitgliedsaspekt, der aus positiver Engagementerfahrung und sozialem Nutzen erwächst – und wenn es nur die Kontaktvermittlung ist, um gemeinsam eine Pflege- oder Erziehungsgemeinschaft zu bilden. Plattform dafür ist mehr denn je das Quartier.

IM NÄCHSTEN HEFT

**Armutsfalle Deutschland.**

Die Bekämpfung von Armut wird eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte für das Zusammenleben in Deutschland. Was zu tun ist und was die AWO tun kann, darum geht es in Heft 1-2013.